



Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, dem 24.02.2016, 16:00 Uhr,
im Naturfreundehaus Nienburg, Luise-Wyneken-Straße 4, 31582 Nienburg**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:08 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Friedrich Andermann, 31634 Steimbke
Frau KTA Dörthe Heuer, 31603 Diepenau
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
Herr Jörg Meier, 31613 Wietzen
Frau KTA Birgit Menzel, 31582 Nienburg
Herr Heinz-Dieter Rohlf, 31582 Nienburg
Herr Detlef Schiller, 31632 Husum/Bolsehle
Frau Gudrun Schinkel, 31609 Balge
Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald

Grundmandat gem. § 4 Abs. 3 AG KJHG

Herr KTA Friedrich Leseberg, 31634 Steimbke

Beratendes Mitglied

Herr KVOR Horst Barthel,
Frau Sozialamtsrätin Regina Bodenstab,
Frau Anke Imgarten, 31582 Nienburg
Herr Hans-Joachim Krug-Gildehaus, 31592 Stolzenau
Frau Claudia Oelsner,
Frau Ilka Rengstorf, 27333 Warpe
Herr David-Simon Richarz, 31582 Nienburg
Frau Britta Schäfer, 31582 Nienburg

Verwaltung

Frau KOAR Ulrike Dehmel,
Frau Silke Eckert,
Herr Erster Kreisrat Thomas Klein,
Frau Anja Kluhsmeier,
Bettina Menke-Siebels,
Sonja Rinne,

Presse

Herr Stüben, "Die Harke",

Die Vorsitzende KTA Frau Menzel eröffnet um 16.04 Uhr die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.11.2015
- TOP 2: Betreuungssituation im Landkreis Nienburg/Weser **2016/025**
- TOP 3: Personalsituation im Fachbereich Jugend; Personelle Notwendigkeiten (Stellenanforderung) zur Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme, insbesondere der Unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA); erforderlicher Nachtrag zum Stellenplan 2016 **2016/028**
- TOP 4: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
- TOP 5: Mitteilungen/Anfragen

Zur Beglaubigung:

Die Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat In Vertretung
gez. Menzel	gez. Rinne	gez. Klein
Kreistagsabgeordnete	Frau Rinne	Erster Kreisrat



Protokoll zu TOP 1

24.02.2016

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.11.2015

Beschluss:

Das Protokoll vom 25.11.2015 wird von den stimmberechtigten Mitgliedern
des Ausschusses genehmigt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

Ohne



Protokoll zu TOP 2

2016/025
24.02.2016

Betreuungssituation im Landkreis Nienburg/Weser

Beschluss:

Beratungsgang:

Herr Barthel erläutert die Vorlage und teilt mit, dass der Landkreis Nienburg/Weser zum Monatsende die Daten der Gemeinden bekäme und daraufhin die Defizite errechnen könne.

Herr Barthel berichtet, dass der statistische Bedarf gegenüber dem vorhandenen Platzpotenzial im Bereich der 0-5 Jährigen auf mindestens 280 Kinder angewachsen sei. Im Altersbereich Grundschule (6 bis 10 Jährigen) sind 270 Kinder, im Alter von 16-20 402 junge Menschen und im Bereich unter 25 Jahren 1120 junge Menschen im Landkreis Nienburg/Weser im Rahmen der Flüchtlingszuwanderung zu verzeichnen.

Weiterhin erläutert Herr Barthel dem Ausschuss die Einbindung der Tagespflegepersonen in die zukünftige Ausgestaltung der Betreuungsangebote im Landkreis Nienburg/Weser und gibt die ersten Vorstellungen der derzeit tätigen Tagespflegepersonen im Landkreis wieder.

Im Rahmen der Tagespflege müsse mehr Sicherheit hinsichtlich der Auslastung für die Tagespflegepersonen geschaffen werden.

Die Tagespflege sei in den letzten Jahren wenig berücksichtigt worden, da es wenig Unterstützungsmodelle in den Gemeinden und kaum Wahrnehmung des Betreuungsangebots aus der Elternschaft gäbe. Es sind Wege zu finden, die Arbeit der Tagespflegepersonen attraktiver zu gestalten. Zudem ist die Aufnahme von Flüchtlingskindern in der Tagespflege eine weitere Herausforderung für die Tagespflegepersonen. Die Arbeit müsse dahingehend mit Dolmetschertätigkeiten und Vorbereitungskursen für das Fachpersonal unterstützt werden.

Die Vorurteile der Öffentlichkeit gegenüber der Kindertagespflege werden als problematisch betrachtet. Daher wäre es wichtig ein positiveres Bild in der Gesellschaft zu erzeugen.

Herr Barthel berichtet, dass die Tagesmütter im Landkreis Nienburg/Weser in ihrer Arbeit auch im Thema Qualität sehr engagiert seien.

Herr Barthel teilt mit, dass man dabei sei, das Projekt „Kita-Frühling“ zur

Qualitätssicherung auch auf den Bereich der Kindertagespflege zu übertragen. Tagespflegepersonen sollen zukünftig enger in die Betreuung eingebunden werden. Herr Barthel gibt an, dass sich die Kindertagespflege anbieten, auf lokalspezifische Problemlagen im ländlichen Raum zu reagieren.

Weiterhin informiert Herr Barthel den Ausschuss darüber, dass der nächste Qualifizierungskurs für Tagespflegepersonen am 27. Mai 2016 starten werde.

KTA Herr Andermann fragt, ob es nicht zu einfach sei, den Bedarf im Landkreis Nienburg/Weser mit Tagesmüttern zu decken.

Herr Barthel antwortet, dass es zunächst sinnvoll sei, den bereits vorhandenen Bestand der Tagespflege aufzuarbeiten und den Bedarf nach Abrundung mit den noch vorhandenen Möglichkeiten in den Gemeinden aufzuarbeiten. So könne ein bedarfsorientierter und sachgerechter Ausbau der Tagespflege vorbereitet werden. Der Landkreis Nienburg/Weser müsse sich weiterhin die Frage stellen, in welchen Zusammenhängen die Kindertagespflege sinnvoll unterstützt werden könne, um dem Bedarf nachhaltig gerecht zu werden.

Zurzeit entwickle sich der Bedarf auf mehr als die 35%ige Quote U3, die als Grundlage für den Betreuungsausbau angenommen werde.

An eigenen Stellen liege die Tendenz jenseits der 40 %.

Herr Barthel ergänzt, dass auch das 4-Stunden-Angebot, das allgemein als Grundlage für die Bedarfserfüllung stehe, nicht mehr zeitgemäß sei und auch hier in Richtung längerer Betreuungszeiten nachgebessert werden müsse.

KTA Herr Sommerfeld teilt mit, dass es schwierig sei, alles Geplante 1:1, auch aufgrund der Problematik der Flüchtlingskinder umzusetzen.

Es sei eine Herausforderung, die Qualität in der Tagespflege zu verbessern und genügend Plätze zur Verfügung zu stellen, bis vielleicht wieder demografisch gegenläufige Tendenzen entstehen.

Frau Rengstorf weist darauf hin, dass viele ErzieherInnenstellen im Bereich der Kinderbetreuung nicht besetzt werden können, da es aufgrund des Krippenausbaus an Fachpersonal mangelt.

Der Beruf der Erzieherin sei zudem wenig nachgefragt, da dieser Berufsbereich für die meisten Arbeitnehmer nicht lukrativ sei.

Man hoffe dennoch auf einen Zuwachs von geeigneten Fachkräften.

Frau Schäfer teilt mit, dass es ein massives Problem sei, dass so viele Plätze fehlen.

Frau Rengstorf ergänzt, dass aus dem Kirchenkreis Nienburg ca. 40 Absagen auf Krippenplätze erteilt würden. Die Zahl würde allerdings auch doppelte Anmeldungen für Krippenplätze beinhalten.

Frau Menke-Siebels machte im Zusammenhang deutlich, dass die Anmeldungen für Qualifizierungskurse für Tagespflegepersonen deutlich gesunken seien.

Der diesjährige Kurs habe das erste Mal verschoben werden müssen, da die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht wurde.

Die Vorsitzende Frau Menzel bemerkt, dass sich der Ausschuss mit diesen Themen künftig erneut befassen würde.



Protokoll zu TOP 3

2016/028

24.02.2016

**Personalsituation im Fachbereich Jugend; Personelle Notwendigkeiten (Stellenanforderung) zur Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme, insbesondere der Unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA);
erforderlicher Nachtrag zum Stellenplan 2016**

Beschluss:

Der Stellenplan 2016 für den Fachbereich Jugend wird mittels Nachtrag um die vom Fachbereich angeforderten Stellen erweitert. Im Bereich der Vormundschaften wird empfohlen, eine weitere Vollzeitstelle im Stellenplan einzurichten, wenn sich dies bei gesteigerten Fallzahlen zur Wahrung der gebotenen Betreuungsquote als erforderlich erweist.

Beratungsergebnis:

8 Ja-Stimmen, wie Beschlussvorschlag

Beratungsgang:

Herr Barthel berichtet, dass der Landkreis Nienburg/Weser mit dem vom Ausschuss empfohlenen Stellenkontingent (Nachtrag 2015), bis auf zwei Stellen, die seinerzeit „z.b.V.“ beantragt waren, in das neue Jahr gestartet ist. In der heutigen Sitzung solle eine weitere Vorlage dem Ausschuss unterbreitet werden.

Im Allgemeinen Sozialen Dienst und im Pflegekinderdienst des Landkreises Nienburg/Weser sind in der Summe bislang über 70 UMA in die Fallzuständigkeit aufgenommen worden, mit fast täglicher Steigerung. Zur Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben würden 1,5 Vollzeitstellen im ASD, 0,5 Stellen im PKD und 0,5 Stellen im Bereich der wirtschaftlichen Hilfen benötigt. 40 UMA stehen zurzeit in der Zuweisung noch aus. Da die Zahl der Vormundschaften stetig steige, werde in absehbarer Zeit zusätzlich 1 weitere Stelle als Vormund erforderlich, wofür im Rahmen der Sitzung die Zustimmung erteilt werden solle, um den Ausschuss nicht eigens hierfür bei Erreichen der Quote einberufen zu müssen.

Herr Barthel macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass es immer schwieriger werde geeignetes Personal auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen und jeder Zeitverlust die Situation verschlechtere.

KTA Herr Sommerfeld teilt dem Ausschuss mit, dass bei der letzten Jugendhilfeausschusssitzung am 25.11.2015 bereits deutlich geworden sei, dass der Landkreis Nienburg/Weser 2 zusätzliche Stellen (wie seinerseits vom FB aufgefordert) dringend benötigen werde. Dies hätte sich in der heutigen Sitzung mit der neuen Vorlage gezeigt.

Man wisse, dass auch zukünftig zusätzliches Personal benötigt werde. Demnach sei es sinnvoll, Beschlüsse mit entsprechend weitreichender Perspektive zu fassen.

Des Weiteren fragt KTA Herr Sommerfeld, ob die bisher bewilligten Stellen besetzt oder vakant seien.

Herr Barthel gibt bekannt, dass eine Stelle im Fachdienst Familie und Integration im Rahmen des Integra Projektes besetzt werde. Eine Sozialarbeiterstelle konnte zum 01.02.2016, die zweite voraussichtlich zum 01.06.2016 besetzt werden. Die Stelle im Bereich der Vormundschaften werde hausintern besetzt. Die Stellen im FD 362 und in der Beratungsstelle seien noch nicht besetzt.

KTA Herr Andermann schlägt dem Ausschuss vor, nicht nur 2 1/2 Stellen, sondern auch gleich die dritte Stelle (Vormundschaften) mit zu beschließen.

Im Bezug auf die Flüchtlingsproblematik fragte KTA Herr Sommerfeld, ob die Verwaltung die Gelder für die UMA ersetzt bekomme.

Frau Dehmel berichtet, dass pro UMA eine Verwaltungspauschale in Höhe von 2.000 Euro vom Land gezahlt werde.

Herr Kein ergänzte, dass sich die Unterbringungskosten pro Flüchtling auf ungefähr 10.000 Euro pro Jahr belaufen. Je stärker man zentrale Einrichtungen inkl. Begleitung nutze desto höhere Kosten würden anfallen.

Herr Schiller sagt, dass er sehr erfreut darüber sei, dass die Stellen im Landkreis Nienburg/Weser geschaffen wurden. Weitere Stellen würde er als sinnvoll und notwendig ansehen. Durch CTC im Landkreis käme es zu messbaren Ergebnissen.

Herr Klein ergänzt im Rahmen der Diskussion über freiwillige Leistungen, dass man sich sehr intensiv mit der internen Verschiebung von Personalressourcen zugunsten der Flüchtlingshilfe auseinandergesetzt habe. Festzuhalten sei jedoch, dass es sich bei den in den vergangenen Jahren etablierten präventiven Maßnahmen des Fachbereichs Jugend nicht um freiwillige Leistungen handele. Hier Hand anzulegen würde bedeuten, mit Aufwand geschaffene Strukturen zu zerstören, die man nicht zuletzt auch im Hinblick auf die zu erwartenden familiären und gesellschaftlichen Probleme infolge der Zuwanderung dringend brauchen werde.

Herr Meier fragt, was passieren würde, wenn die entscheidenden Gremien den Vorschlägen des Ausschusses nicht folgen würden.

Herr Klein informiert, dass sich vor Weihnachten des letzten Jahres eine Sondersituation ergeben hätte, die heute nicht vorliege und er davon ausgehe, dass im weiteren Beschlussverfahren positiv entschieden werde.

KTA Herr Sommerfeld gibt an, den Vorschlag von Herrn Klein, auch die zusätzliche Stelle in den Vormundschaften mit einer Empfehlung zu beschließen, zu unterstützen.

Er würde sich wünschen, wenn künftig deutlicher würde, dass die Verwaltung am Limit arbeitet.

Herr Klein nimmt Bezug auf die Frage von Herrn Meier und antwortet, dass man in dem Fall, dass die weiteren Gremien dem Vorschlag des Jugendhilfeausschusses nicht folgen, nochmal deutlich gemacht werden müsse, welche Arbeit dahinter stehe.

Die Aufgabenerfüllung des Landkreises müsse gewährleistet werden können. Daher müssten, wenn es kein weiteres Personal gäbe, die dadurch entstehenden Konsequenzen dann verdeutlicht werden.

Herr Klein ergänzt, dass er diese Problematik jedoch nicht sehe, da sich die Politik insgesamt der Verantwortung stellen würde.

KTA Herr Andermann erklärt, dass es in seiner Fraktionssitzung keine Gegenstimme gab.

KTA Herr Sieling befürwortet das von Herrn Klein Gesagte und gibt an, dass er sicher sei, dass der Kreistag die zusätzlichen Stellen beschließen werde.

Herr Krug-Gildehaus fragt, ob die Jugendgerichtshilfe im Landkreis Nienburg/Weser zukünftig eingeschränkt werden solle.

Herr Barthel teilt mit, dass die absolute Priorität des Landkreises auf der Aufgabe des Kinderschutzes liege und die Aufgabenwahrnehmung angesichts der aktuellen Situation kritisch zu hinterfragen sei.

Herr Krug-Gildehaus erkundigt sich, ob die zu besetzenden Stellen befristet oder unbefristet ausgeschrieben seien.

Herr Barthel verweist darauf, dass der Landkreis keine befristeten Stellen mehr aus schreiben könne, da hierfür kein Personal zu gewinnen sei.

KTA Herr Sommerfeld erläutert, dass der Landkreis Nienburg/Weser es geschafft habe, deutlich präventiver zu arbeiten. Dieses Niveau müsse gehalten werden, da die Gesamtkosten der Jugendhilfe ansonsten viel stärker steigen würden als die Personalkosten.



Protokoll zu TOP 4

24.02.2016

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Keine Fragen

Beratungsgang:

Ohne



Protokoll zu TOP 5

24.02.2016

Mitteilungen/Anfragen

Beschluss:

Beratungsgang:

Herr Barthe teilt mit, dass das Bundesprojekt im Bereich der Sprachförderung nicht die gewünschte Wirkung gezeigt hätte.

Im Gesamtergebnis würden 5 von 70 Kindertageseinrichtungen mit Kindern mit Migrationshintergrund gefördert.

Das Konzept der Sprachförderung sei nun zu novellieren, da es mittlerweile neue Vorgaben in dem Bereich gäbe zur Erlangung der Fördermittel und der Zugang von Flüchtlingskindern auch hier konzeptionell Konsequenzen fordere.

In einem Projekt soll auch den Grundschulen im Landkreis Nienburg/Weser die Möglichkeit zur Förderung mit dem Programm „Kon-Lab“ ermöglicht werden. Von dort kommen laufend Anfragen nach Unterstützung.

Außerdem solle versucht werden, pädagogisch vorgebildete Ehrenamtler gegen eine Aufwandsentschädigung dazu zu bewegen, sich in die Sprachförderung einzubringen.